

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/66
12. Mai 1975

Kohl zwischen Übermorgen und Vorgestern

Seine Gegner setzen bereits auf seine Niederlage

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Verantwortungslose Angstpropaganda

Die Diskussion über die Reform des öffentlichen Dienst-
rechts muß sachlich geführt werden

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Fraktion

Seite 3 und 4 / 69 Zeilen

Gemeinsamer Beitrag zur Festigung des Friedens

Deutsche und polnische Wissenschaftler erarbeiten
Bestandesaufnahme der Beziehungen

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Goppel residiert wie ein Märchenkönig

Protest gegen die Verwechslungssucht der CSU-Potentaten

Seite 7 / 39 Zeilen

Kohl zwischen Übermorgen und Vorgestern

Seine Gegner setzen bereits auf seine Niederlage

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Daß die Union sich für Kohl als Kanzlerkandidaten entscheiden würde, war seit langem zu erwarten. An Kohl ging kein Weg vorbei, weil er mit dem Sturz Barzels als Parteivorsitzender im Jahr 1973 vorausschauend die Weichen gestellt hatte. Kohl zu übergehen hieße, ein Jahr vor der Bundestagswahl neben dem Kanzlerkandidaten einen neuen Parteivorsitzenden suchen. Davor muß die Union zurückschrecken. Die Begleitumstände der Nominierung Kohls sind deshalb aufschlußreicher als die Nominierung selbst.

Stoltenberg weiß, daß er für 1976 in seiner Partei keine Chance hat; er hat sich 1975 bereits für die Kanzlerkandidatur 1980 angemeldet, d.h. er setzt auf die Niederlage Kohls gegen Helmut Schmidt. Das ist für ihn kein großes Risiko, damit liegt der kühle Rechner aus Kiel sicher richtig. Aber Stoltenbergs Spekulation für 1980 deutet darauf hin, daß die Union ihre Einstellung zu einem erfolglosen Kanzlerkandidaten auch bei Kohl nicht ändern wird. Wer nicht siegt, wird behandelt wie ein erfolgloser Manager eines Konzerns: Wie geheuert, so gefeuert! Kohl wird heute von Stoltenberg das gleiche Schicksal angekündigt, das vor ihm Erhard, Kiesinger und Barzel erlitten haben.

Für Strauß waren die Landtagawahlen des 4. Mai 1975 das, was der 27. April 1972 für Rainer Barzel bedeutet hat. Die Erfolgserrechnung der produzierten Angst ist kurz vor dem sicher geglaubten Ziel nicht gefragt. Weder der "Kühle aus dem Norden" noch der "Panikmacher aus dem Süden" passen in Biedenkopfs Wahlkonzept, das die Wählerströmungen beachten muß.

Die wirklichen Schwierigkeiten der CDU liegen bei der Formulierung ihres Wahlprogramms. Als Kohl den glücklosen Barzel verdrängte, wollte

dieser mit den Sozialwissenschaftlern die Union als "soziale Volkspartei" etablieren. Diese Reform haben Kohl, Stoltenberg, Strauß, Biedenkopf, Carstens Springer und der Wirtschaftsbeirat der Union in gemeinsamer Operation verhindert.

Nach der Wahl am 4. Mai möchte Biedenkopf die Strategie ändern und mit Barzels Programm von 1972 die Union als "soziale Volkspartei" dem Wähler anbieten. Dazu ist es zu spät. Aus zwei Gründen. Ein Vizekanzler Strauß wird dies inhaltlich nicht zulassen. Die Union hat zudem in der Außenpolitik und mit dem "Nein" zum Grundvertrag, mit dem Gang nach Karlsruhe wegen des § 218, mit dem "Nein" zur Hochschulreform, zur Bildungsreform, mit dem von Biedenkopf angekündigten Weg nach Karlsruhe wegen der Mitbestimmung sich als zukunftsfeindliche und reformzerstörende Partei überzeugend ausgewiesen. Strauß wird nicht zulassen, daß inhaltlich dieser Kurs geändert wird. Dazu ist er auch gegen einen Kanzlerkandidaten Kohl stark genug.

Der kluge, elegant formulierende Richard von Weizsäcker soll nun das Kompromißpapier liefern, das es Kohl ermöglichen soll, zwischen der Politik des CSU-Vorsitzenden Strauß und dem personellen Rivalen Stoltenberg von Obermorgen zu jonglieren. Zugleich empfiehlt Richard von Weizsäcker den Kampf um liberale Wähler, obwohl jene, die rechtliberales Profil haben, schon vor 1972 zur CDU/CSU übergelaufen sind. Das geschieht just in dem Augenblick, in dem katholische Prominenz die Trennung zur SPD mit vorhandenem liberalen Erbgut begründet. Nun, alle Parteien sind gleich. Den protestantischen Deutschnationalen und den traditionellen Rechtskatholiken ist die CDU/CSU, selbst wenn sie in ihrer Not laut nach liberalen Wählerstimmen aus SPD und FDP ruft, als Partei immer noch gleicher.

(-/12.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortungslos angebotene Propaganda

Die Diskussion über die Reform des
öffentlichen Dienstrechts muß sachlich geführt werden

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Fraktion

Wenn man einigen Äußerungen zur Dienstrechtsreform der letzten Zeit Glauben schenkt, gibt es ein ganzes Heer Verantwortlicher, die in einer "sich deutlich abzeichnenden Strategie" mit ihren Reformabsichten den Staat gefährden. Gemeint sind hier offenbar vor allem Gefahren aus den Reihen der SPD und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Was will die sozial-liberale Bundesregierung? Das Bundesministerium des Innern erarbeitet gegenwärtig ein Stufenkonzept zur Reform des öffentlichen Dienstrechts. Dieses Konzept wird sich auf dem Boden unserer Verfassung bewegen und dem Ziel eines einheitlichen Dienstrechts durch Abbau ungerechtfertigter Differenzierungen Rechnung tragen.

Was will die SPD? Die Kommission für den Orientierungsrahmen '85 hat zur Dienstrechtsreform Vorstellungen entwickelt, die - über das Stufenkonzept der Bundesregierung hinausgehend - auch langfristige Ziele umfassen. Unter Beachtung der Interessen des Staates einerseits und der Bedürfnisse der Beschäftigten andererseits geht die Kommission davon aus, daß die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst ausgeweitet, das damit verbundene Streikrecht jedoch in lebenswichtigen Bereichen ausgeschlossen werden soll. Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat in seinem Beitrag zum 9. Deutschen Beamtenkongress des DGB in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorgehoben, daß die Dienstrechtsreform insbesondere in den Bereichen, in denen die Verfassung berührt wird, nicht im Alleingang durch eine Partei bewältigt werden kann, daß vielmehr alle Parteien aufgerufen sind, hier zusammenzuwirken.

Wer beim gegenwärtigen Stand der Reformdiskussion Behauptungen über angeblich staatsgefährdende Strategien in die Welt setzt, muß sich über die Folgen im klaren sein: Das Reformvorhaben muß unter einem solchen Vorzeichen notwendig in die Sackgasse führen. Mehr noch: Die Reformdiskussion darf nicht darauf angelegt sein, in der Öffentlichkeit willkürlich Ängste vor einer funktionsunfähigen Verwaltung als Reformergebnis zu erzeugen. Ihr

Sinn kann es nicht sein, Beamte, die täglich ihre Pflicht für die Gemeinschaft tun, zu verunsichern. Eine solche Diskussion müßte für unseren Staat und seine öffentlichen Verwaltungen verheerende Folgen haben. Außerdem könnten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die unbestritten eine "zuverlässige Säule der freiheitlichen Demokratie" sind, gerade von denen, die hier falsche Fronten aufbauen, ungerechtfertigt in den Strudel einer öffentlichen Auseinandersetzung gezogen werden und damit letztlich Leidtragende sein.

Wer es unternimmt, permanent mit dem Gespenst der "Abschaffung des Berufsbeamtentums" zu argumentieren, muß sich zunächst einmal die Frage gefallen lassen, wie realistisch seine Reformvorstellungen bei gleichzeitiger Forderung eines einheitlichen Dienstrechtes sind. Denn notwendigerweise muß ein zukünftiges einheitliches Dienstrecht eine Synthese darstellen. Arbeitnehmer- und Beamtenrecht müssen durch ein neues einheitliches Dienstrecht ersetzt werden, das bewährte Elemente erhält, Überholtes verbessert oder abschafft. Die konkrete Frage kann also jeweils nur lauten: Welche Elemente des Arbeitnehmer- und Beamtenrechtes sollen in einem zukünftigen einheitlichen Dienstrecht erhalten und verteidigt oder auch verändert und abgeschafft werden.

Sollte sich ein "eigenständiges Besoldungskonzept" für Beamte als das Pudels Kern mancher Argumente erweisen, würde das in der Tat auf den Widerstand der SPD stoßen. Denn eine einheitliche und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst für gleiche Leistungen ist nun einmal nur über ein einheitliches Bezahlungssystem für alle Beschäftigten zu verwirklichen. Es gibt - insbesondere in den Betriebsverwaltungen - z.B. zahlreiche Beamte, die sich über Einkommensverluste beim Wechsel vom Arbeitnehmer- in das Beamtenverhältnis beschweren. Solche und ähnliche Spannungsverhältnisse, die sich aus unterschiedlichen Bezahlungssystemen ergeben, müssen beseitigt werden. Gleichzeitig erhobene Forderungen nach dem "Leistungsprinzip" und der "Eigenständigkeit der Bezahlung" irgendeiner Statusgruppe des öffentlichen Dienstes widersprechen sich. Die Bezahlung muß im gesamten öffentlichen Dienst nach einheitlichen Leistungskriterien erfolgen. (12.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Gemeinsamer Beitrag zur Festigung des Friedens

Deutsche und polnische Wissenschaftler
erarbeiten Bestandsaufnahme der Beziehungen

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

In diesen Tagen ging in Bonn die erste Autorenkonferenz von 20 deutschen und polnischen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen zu Ende, die aus Anlaß der fünfjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages Anfang 1976 eine gemeinsam erarbeitete und gleichzeitig in deutscher und polnischer Sprache zu veröffentlichende Untersuchung herausbringen wollen. Eine zweite abschließende Konferenz ist für den Herbst in Warschau vorgesehen. Vorher und nachher werden sich die beiden polnischen und die beiden deutschen Herausgeber - die Bonner Politologen Jacobsen und Schweitzer sowie ihre Warschauer Kollegen Sulik und Rybitzki - zu weiteren "Feinabstimmungen" treffen.

In dem Sammelband sollen Vertreter der Geschichtswissenschaft, der Politologie, der Nationalökonomie, der Jurisprudenz und nicht zuletzt der Literaturgeschichte paarweise, d.h. jeweils ein polnischer und ein deutscher Experte, die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 im Hinblick u.a. auf die historischen, volkswirtschaftlichen, kulturellen, allgemeinpolitischen, internationalpolitischen und nicht zuletzt humanitären Probleme behandeln. Ausgewählte Dokumente beider Seiten sowie eine Chronologie nebst Literaturverzeichnis sollen den Nutzen der Veröffentlichung für den Interessierten, d.h. nicht nur für den fachwissenschaftlichen Leser erhöhen.

Dem Arbeitsvorhaben dürfte sowohl eine wissenschaftliche als auch eine politische Bedeutung zukommen. Im Hinblick auf den ersteren Gesichtspunkt wird vor allem entscheidend sein, wie sich kontroverse Standpunkte in Einzelfragen darstellen lassen. Bekanntlich war und ist dies auch eine der "Herausforderungen", vor die polnische und deutsche Wissenschaftler und Schulbuch-Autoren bei entsprechenden Konferenzen über Fragen der Bereinigung von Schulbüchern in beiden Ländern gestellt werden. Im Gegensatz zu diesen Arbeitsvorhaben, deren durchaus positive Resultate sich leider in der Bundesrepublik noch nicht in einer konkreten Revision von Schulbüchern auswirken konnten, sollen die gemeinsamen Überlegungen der an der Sonderpublikation beteiligten Wissenschaftler sofort in die Tat umgesetzt, d.h. gemeinsam in beiden Ländern veröffentlicht werden. Auf der Konferenz in Bonn wurden die bisher zur Hälfte vorliegenden deutschen wie polnischen Manuskripte zur kritischen Diskussion gestellt, so daß nun die Autoren prüfen können, ob sie Anregungen und Anmerkungen ihrer jeweiligen Fachkollegen übernehmen können bzw. übernehmen wollen.

Es liegt auf der Hand, daß die deutschen und polnischen Wissenschaftler bei aller Beschwörung der "einen Wissenschaft" anläßlich der Eröff-

12. Mai 1975

nung der Bonner Konferenz durch diesen Berichterstatter politisch nicht in einem sozusagen völlig luftleeren Raum operieren können. Das wurde auch in der Vorphase zu dieser wissenschaftlichen Koproduktion zwischen 1973 und 1974 deutlich. Das Projekt ist einerseits ein wenig abhängig von der übergeordneten Frage, ob es den Verantwortlichen in Bonn und Warschau gelingen wird, bis zum Spätsommer die noch offenstehenden wichtigen Sachkontroversen einem befriedigenden Kompromiß zuzuführen. Bekanntlich dürfte es danach angesichts der jeweiligen innenpolitischen Termine in der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland Ende 1975 bzw. Ende 1976 außerordentlich schwer werden, das so wichtige Werk der Aussöhnung zwischen beiden Völkern zum Nutzen aller weiter voranzutreiben. Sicherlich kann aber auch gerade ein solches wissenschaftliches Kooperationsvorhaben dazu beitragen, daß das Klima zur Herbeiführung politischer Kompromisse noch weiter verbessert wird.

Dieser Auffassung waren offensichtlich sowohl der frühere Bundeskanzler, der seinerzeit die Aussöhnung mit Polen durch den Warschauer Vertrag persönlich engagiert einleitete, ja erst ermöglichte, als auch der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag. So bezeichnete Willy Brandt in einem Grußwort an die Konferenz das Arbeitsvorhaben der Wissenschaftler als einen "bedeutsamen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen den beiden Völkern und damit zur Festigung des Friedens", während Herbert Wehner zunächst die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen als eine entscheidende Aufgabe unserer Zeit überhaupt charakterisierte, um dann zu erklären, er gebe die "Hoffnung nicht auf, daß auch bei der Bewältigung der noch offenen großen Probleme" zwischen Bonn und Warschau "im Laufe dieses Jahres entscheidende Schritte zustande kommen werden".

Gerade noch zur rechten Zeit konnten die deutschen Teilnehmer mit großer Befriedigung von dem jüngsten Beitrag des Deutschlandkenners, Publizisten und Politikers M.F. Rakowski in "Polityka" zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen Kenntnis nehmen. Seine Ausführungen zum 30. Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland beendete er mit dem Satz: "In unserer Vision eines friedlichen Europas nehmen die gutnachbarlichen, sich allseitig entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Platz ein."

(-/12.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Goppel residiert wie ein Märchenkönig

Protest gegen die Verschwendungssucht der CSU-Potentaten

Die Repräsentationsucht des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Dr. h.c. Alfons Goppel ist kaum noch zu überbieten. Angesichts der angespannten Finanzlage des Bundeslandes Bayern mutet es geradezu als Verhöhnung der Bürger an, wenn sich Goppel in einem neuen Amtssitz präsentiert, der in seiner prunkvollen Ausstattung an die monarchistischen Zeiten bayerischer Märchenkönige erinnert.

Das zu Repräsentationszwecken der bayerischen Regierung restaurierte Prinz-Carl-Palais in München war bereits zu Beginn dieses Jahres in den Mittelpunkt der Kritik gerückt, als die Aufwendungen für den Umbau um nahezu 30 Millionen DM gegenüber den bereits veranschlagten Gesamtkosten gesenkt werden mußten. Dies war eine Einsparung von mehr als einem Drittel der Gesamtbausumme. Goppel mußte zugeben, daß der Oberste Rechnungshof in einem Schreiben die Baukosten als zu hoch bezeichnet und die Oberste Baubehörde zu Einschränkungsvorschlägen veranlaßt habe.

Daß nach diesen "Einsparungen" anscheinend immer noch genügend Geld zur Verfügung stand, um einen 12.000-DM-Schreibtisch anzuschaffen, Türen vergolden und die Wände mit den teuersten Seidentapeten bespannen zu lassen, ist äußerst aufschlußreich. Niemand hat etwas dagegen, wenn der Staat in gebührender Weise repräsentiert wird und seinen Vertretern dafür auch die erforderlichen Mittel bereitsetzt. Repräsentationsucht im Feudalstil ist jedoch völlig fehl am Platz.

Der Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten, bei dem aus Sparsamkeitsgründen Schnittlauchbrötchen gereicht wurden, verliert vor diesem Hintergrund an Glaubwürdigkeit. Offenbar sollte gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, die bayerische Regierung sei aufgrund der allgemeinen Finanzmisere geneigt, den Gürtel enger zu schnallen. Beim Prinz-Carl-Palais hat man sich jedoch offensichtlich zum Gegenteil entschlossen.

Auch die Aussage des CSU-Haushaltsexperten Max Fischer, es könnten in der Staatsverwaltung jährlich rund 200 Millionen DM gespart werden, ist in Anbetracht des monströsen Staatskanzleibaus recht interessant. Um die Personalausgaben einmal gründlich nach unnötigen Polstern zu durchforsten, braucht es nach Ansicht der SPD allerdings keinen eigenen unabhängigen Gutachter. Im Obersten Rechnungshof besitzt der bayerische Staat eine Institution, die geeignet ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Die SPD hat in der Vergangenheit schon mehrfach gefordert, den Obersten Rechnungshof nicht nur als unliebsames Kontrollorgan zu betrachten, sondern ihn schon im Frühstadium der Finanzplanung beratend zu beteiligen. Hier könnte echter Wille zur Sparsamkeit demonstriert werden. (~/12.5.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller